W-01-131

Recht auf Wohnen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Christian Kühn (KV Tübingen)

Änderungsantrag zu W-01

Von Zeile 130 bis 132 einfügen:
Wohnungsgesellschaften ab. Wir konzentrieren die Förderung auf die angespannten Wohnungsmärkte und beenden so die Gießkannenpolitik der Bundesregierung. Wir werden die steuerlichen Privilegien von spekulationsgetrieben Investoren abschaffen. Um den dauerhaften Erhalt der Sozialwohnungen doppelt abzusichern, setzen wir zusätzlich auf öffentliches

Begründung

Das Profitinteresse von Finanzinvestoren darf nicht zu Lasten der Allgemeinheit gehen. Heute sind institutionelle Finanzspekulanten gegenüber kommunalen, genossenschaftlichen und privaten Vermietern steuerlich privilegiert. Deshalb bedarf es weitreichender Änderungen im Steuerrecht, um effektiv gegen Spekulation vorzugehen.

weitere Antragsteller*innen

Maria Klein-Schmeink (KV Münster); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Kai Gehring (KV Essen); Kai Zaschel (KV Dortmund); Sven Lehmann (KV Köln); Julia Gerometta (KV Berlin-Pankow); Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Miriam Erbacher (KV Rhein-Erft-Kreis); Monika Wiebusch (KV Kassel-Stadt); Beate Müller-Gemmeke (KV Reutlingen); Julia Verlinden (KV Lüneburg); Krister-Benjamin Schramm (KV Oldenburg-Stadt); Gabriele Frenzer-Wolf (KV Böblingen); Simon Michael Baur (KV Tübingen); Ulrike Siemens (KV Wolfenbüttel); Christoph Melchers (KV Tübingen); Stefanie Hähnlein (KV Tübingen); Ina Schultz (KV Sigmaringen); Mona Hille (KV Berlin-Mitte); sowie 1 weitere Antragsteller*in, die online auf Antragsgrün eingesehen werden kann.